

Tagung zur Arbeitswerttheorie

am **Samstag, 23.11.**
um **10.30-17.00 Uhr**
im **Waldheim Clara Zetkin,**
Sillenbuch, Gorch-Fock-Str. 26

Seit mehr als eineinhalb Jahrhunderten malt die bürgerliche Ökonomie ein Bild des Kapitalismus als einer harmonischen, effizienten Gesellschaftsordnung, als bester aller Welten. Regelmäßige Wirtschaftskrisen, Unterauslastung von Anlagen, Arbeitslosigkeit und wachsende soziale Ungleichheit stören dieses Bild der großen Harmonie. Die Tagung beschäftigt sich mit der Marx'schen Theorie von den Arbeitswerten.

Es referieren die **Wirtschaftswissenschaftler Prof. Klaus Müller** (Chemnitz) und **Dr. Stephan Krüger** (Berlin).

Aber es gibt auch Betriebsräte und Vertrauensleute, die das gemeinsame Handeln in den Vordergrund stellen wollen, weil das alle stärker macht. Ich hoffe, dass diese mehr und lauter werden und nicht den Fehler machen, sich auf Appelle an die Manager zu beschränken. Das Vorgehen der Manager ist ganz eindeutig darauf angelegt, die Werke unterschiedlich zu behandeln und eines nach dem anderen abzufühnstücken.“

Daimler-Vorstand gibt neues Erpresswerk von 1,65 Milliarden bekannt

Bei Daimler gibt es seit einigen Wochen auch fast täglich neue Horrormeldungen. Auf den vom Betriebsrat organisierten Infoveranstaltungen im Daimler-Werk Untertürkheim Anfang November zum Stand der Verhandlungen über die Vergabe des elektrischen Antriebsstrang (eATS) nach Untertürkheim ließ der Werkleiter F. Deiss die Katze aus dem Sack, was die Kolleginnen und Kollegen hierfür alles bezahlen sollen: Geplante Freischicht- oder Gleittage sollen auch bei Krankheit vom Zeitkonto abgezogen werden, für betriebliche Qualifikation sollen pauschal zwei Freischicht- bzw. Gleittage vom

Konto abgezogen werden, für den 24. und 31.12. sollen statt eines halben, je ein ganzer Tag Urlaub angerechnet werden, auf zukünftige Lohnerhöhungen soll verzichtet werden. Alle Vorschläge widersprechen den gültigen Tarifverträgen und wären bei Umsetzung Tarifvertragsbruch. Und alle Maßnahmen würden die Arbeitszeit verlängern oder den Lohn kürzen und dementsprechend die Profite von Daimler erhöhen. Nur wenn die Belegschaft bereit wäre, diese Kosten zu sparen, könne das Werk Untertürkheim den Zuschlag für die Produktion des eATS ab dem Jahr 2024 bekommen. Was dies bedeuten würde, fasst die linke Betriebszeitung „Alternative“ so zusammen: „Für die 350 bis 400 Arbeitsplätze müsse die Belegschaft über einen zehnjährigen ‚lifecycle‘ einen Beitrag von 305 Millionen bringen. Also pro Arbeitsplatz und Beschäftigungsjahr zwischen 76.250 und 87.150 Euro. Im Durchschnitt verdient ein Produktionsmitarbeiter im Werk 10 ca. 75.000 Euro brutto. Wir sollen also die Löhne für die möglichen eATS-Plätze selber bezahlen? Geht's noch?“

IG Metall-Betriebsrat Michael Clauss von der Betriebsgruppe „Alternative“ erläutert dazu: „Wir könnten laut Horrorkatalog der Werkleitung aber auch auf zukünftige Lohnerhöhungen verzichten oder Schicht- und Feiertagszuschläge reduzieren. Alles - wie immer - nur die Wahl zwischen Pest und Cholera ... und alles halt völlige No goes. Erpressung mit Verschlechterung von gültigen Regelungen? Aufgepasst, Herr Deiss, das kann gehörig in's Auge gehen!“ Thomas Fretz, stellvertretender Vertrauenskörperleiter meint: „Die Transformation kann nur mit uns zusammen gestaltet werden, wer denkt, uns Malochern die Kosten dafür alleine aufbrumen zu können, ist schief gewickelt.“ Klare Worte! An den BR-Infoveranstaltungen nahmen etliche Tausende Kolleginnen und Kollegen teil, auch 200 Azubis und brachten ihren Missmut gehörig laut zum Ausdruck.

Am 14. November ließ dann der Daimler-Chef Ola Källenius auf dem Daimler-Kapitalmarkt-Tag in London die Gesamt-Spar-Horrörpläne des Konzerns aus dem Sack: Bis Ende 2022 soll allein der Konzernteil Mercedes-Benz Cars mehr als eine Milliarde Euro an Personalkosten sparen, bei Mercedes-Benz Vans sollen 100 Millionen Euro eingespart werden, im Geschäftsfeld Trucks & Buses sollen die variablen Kosten um 250 und die Personalkosten ebenfalls bis Ende 2022 um 300 Millionen Euro sinken. Zusammen gerechnet kommen dann über 1,65 Mrd. Euro Sparkatalog heraus. Jede/r Beschäftigte weiß, dass dies die Belegschaft heftig treffen wird. Wie der Horrorkatalog im Detail aussehen wird, liegt noch in den Schubladen vom Daimler-Vorstand. Beim Erpresswerk 2004 – vor 15 Jahren – waren die Kollegen vom Werkteil Mettingen so sauer, dass sie, statt wie vorgesehen, mit der S-Bahn zur Kundgebung nach Untertürkheim zu fahren, kurzerhand die Bundesstraße 10 besetzt haben und über sie zur Kundgebung marschiert sind. Noch heute sind die Kollegen stolz auf diese Aktion und berichten mit glänzenden Augen darüber. Sie sind gewiss wieder bereit, ähnlich Spektakuläres zu machen, um auch diesem Erpresswerk wirkungsvoll entgegen zu treten. Im Dezember wollen Gewerkschaftslinken in Stuttgart ein Solidaritätskomitee gründen, mit dem Ziel, gemeinsam betriebsübergreifend aktiv zu werden, Kräfte zu bündeln und die betrieblich Aktiven zu vernetzen.



Was tun im Betrieb gegen Rechts?

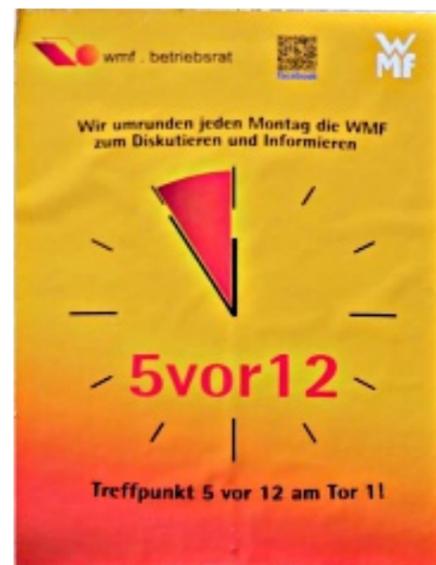
Nach den Massenaufmärschen bei Pegida-Kundgebungen und Einzug in Kommunal- und Länder-Parlamente sowie den Bundestag wollen sich jetzt die Rechten in den Betrieben verankern und eine deutschlandweite rechte „Gewerkschaftsopposition“ aufbauen bzw. bestehende Strukturen unterwandern. Was können wir dieser Rechtsentwicklung entgegenzusetzen?

Auf Einladung des Zusammen gegen Rechts - Bündnisses und der Initiative Klassenkampf diskutieren: Ein Vertreter der IG Metall, ein Antifaschist und ein Betriebsrat von Daimler Mettingen

Donnerstag, 28. November 2019 um 19 Uhr in Stuttgart, Linkes Zentrum Lilo Hermann, Böblinger Str. 105.



Arbeitsplätze sichern – Konzernmacht brechen! Dafür müssen wir auf die Straße!



Alle Anzeichen deuten auf einen neuen Krisenausbruch hin. Viele Konzerne haben Entlassungen, Standortschließungen, Verlagerungen, Sparprogramme und Ähnliches angekündigt. Die Konzernherren wollen die Kosten der Krise, der sogenannten „Transformation“ der Autoindustrie und weiterer Digitalisierungsschübe auf die abhängig Beschäftigten abwälzen, nachdem sie jahrelang fette Profite einkassiert haben. Mit gewerkschaftlichen Aktionstagen sowie betrieblichen Kämpfen reagiert die Gewerkschaftsbewegung auf diese Angriffe. Ein zaghafter Widerstand entsteht. Mit welcher Stoßrichtung kann die Einheit der Arbeiterklasse hergestellt werden? Reichen die Forderungen und Aktionen der IG Metall aus, um diesen breiten Angriff zurückzuweisen?

Die IG Metall Baden-Württemberg ruft unter den Slogans „0 % Verantwortung – Mega Rausschmiss! Alles muss raus! Wegen Stellenabbau! Jobabbau? Zukunftsklau? Halbschlau! Für deinen Arbeitsplatz!“ zu einer Kundgebung auf. Schon allein die Zusammenstellung dieser Sätze auf der Vorderseite des Aufrufs hinterlässt

großes Stirnrunzeln, zeigt aber auch, dass es an einer klaren Linie, die Angriffe des Kapitals abzuwehren, fehlt. Auch wenn positiv zu werten ist, dass sie mit einer gemeinsamen Kundgebung aller betroffenen Betriebe reagieren, taugt diese Stoßrichtung nicht. Dem Kapital vorzuwerfen, dass es verantwortungslos ist, die Zukunft klaut und nur halbschlau ist, verniedlicht den Klassengegner und dessen Ziele. Denn diese übernehmen die Verantwortung voll, nämlich für ihre Höchstprofite und für die Zukunft des Kapitals, und tun dies auch schlau. Sie haben Konzepte wie Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, Verdichtung der Arbeit, Lohnsenkungen, Entlassungen, Verlagerung in Billiglohnländer und anderes, und die IG Metall orientiert zaghaft auf einen „Fairwandel“.

Antikapitalistisches Aktionsprogramm entwickeln

Die Slogans der IG Metall zeigen, dass sie noch immer an die Sozialpartnerschaft glaubt und den Klassengegensatz nicht erkennt. Diese Linie setzt sich dann in den Forderungen fort. Sie fordern „kluge Zukunftsperspektiven“, ohne diese zu benennen. Sie wollen „keinen rücksichtslosen Abbau von Arbeitsplätzen“ – ist ein rücksichtsvoller Abbau okay? Außerdem sind sie für „belastbare Zusagen zu Beschäfti-

gungssicherung und der Zukunft von Standorten“. „Belastbare Zusagen“ scheint eine neomodische Floskel zu sein, um sich ein Hintertürchen offen zu halten, um sich vor eindeutigen Formulierungen zu drücken. Diese Orientierung scheint eher auf ein Durchwursteln hinauszulaufen, als auf ein klares Konzept. Sicher braucht es in der Gewerkschaftsbewegung noch intensivere Diskussionen, um eine adäquate Antwort auf diese neue Krisenentwicklung zu finden.

Fortsetzung Seite 2



Seit über vier Monaten kämpfen die Kolleginnen und Kollegen von WMF in Geislingen an der Steige gegen den Abbau von weltweit 400 Arbeitsplätzen, davon 250 Arbeitsplätze in Geislingen sowie gegen die Schließung der Kochgeschirrfertigung in Geislingen. Jeden Montag nutzen sie ihre Mittagspause und gehen 5 vor 12 zu ihrer Demo rund um's Werkgelände. „Mondays for Jobs“ – so steht es auf ihren gelben Westen, die sie bei ihrem Marsch tragen. Beim ersten Mal Anfang Juli waren es gerade mal sieben KollegInnen, dann 100 und jetzt demonstrieren immer zwischen 150 und 500 Kolleginnen und Kollegen – Montag für Montag seit über vier Monaten. Ein beispielhafter Widerstand.

Aber einige notwendige Forderungen eines antikapitalistischen Aktionsprogramms können auch schon beim jetzigen Stand der Diskussion und aus den Erfahrungen der letzten Krise vor zehn Jahren gezogen werden. Es gilt, die Abwälzung der Kosten der Krise auf die abhängig Beschäftigten zu verhindern, ebenso wie Verlagerungen und Betriebsschließungen. Es braucht Arbeitszeitverkürzung für alle – die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Die prekär Beschäftigten müssen abgesichert werden. Ein Mindestlohn von 15 Euro ist ebenso notwendig wie eine Entgrenzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengelds I und die Abschaffung von Hartz IV. Soziale Absicherung verändert die Kräfteverhältnisse zu Gunsten der arbeitenden Menschen.

Es braucht auch eine gesellschaftliche Debatte darüber, was und wie produziert wird und wie die Mobilität der Zukunft aussehen soll. Wichtig ist, über den betrieblichen Tellerrand zu schauen, nicht mit Standortvereinbarungen nur die „eigenen“ Arbeitsplätze auf Kosten von anderen zu sichern, sonst werden die Belegschaften vom Kapital gegeneinander ausgespielt. Gegen Spaltungsabsichten hilft nur Solidarität.

Rechtsentwicklung stoppen

Zukunftsangst und Verunsicherung treibt viele Menschen in die Arme der rechten Rattenfänger, die mit ihren einfachen Parolen und Schein-Lösungen Stimmung machen. Schon einmal in der Geschichte wurde die Arbeiterklasse gespalten, wurden Sündenböcke präsentiert. Das darf sich nicht wiederholen. Es gibt keinen Ausweg aus der Krise nur für Deutsche, aber es gibt einen Ausweg ohne das Kapital. Der Gegensatz verläuft nicht zwischen KollegInnen unterschiedlicher Nationalität, sondern zwischen Kapital und Arbeit.

Gesamtgesellschaftlicher Plan ist notwendig

Um der richtigen Forderung im Aufruf der IG Metall für eine nachhaltige, ökologische Zukunft mehr Gewicht zu verleihen, wäre es sinnvoller und effektiver gewesen, gemeinsam mit der Klimaschutz-Bewegung am 29. November zum globalen Klimastreik auf die Straßen zu gehen und gemeinsamen Widerstand zu entwickeln. Denn auch bei dieser Krise, vor allem, wenn auch die dramatischen Entwicklungen der Klimaveränderung mitgedacht werden, zeigt sich endgültig, dass das Kapital nicht in der Lage ist, für die akuten Probleme der Menschheit die

richtigen Antworten zu finden.

Ein immer weiter und schneller zu Lasten von Mensch und Natur geht nicht. Doch dies interessiert die Konzernherren nicht, sie schert weder Mensch noch Umwelt, für sie zählt nur ihr Profit. Bis fünf nach zwölf wurden Dieselfahrzeuge produziert auf Teufel komm raus, wurde bei den Abgaswerten betrogen und gelogen. Jetzt sollen die Beschäftigten die Zeche einer verfehlten Konzernpolitik bezahlen. Doch gelernt hat die Kapitaleseite nichts aus dieser Misere. Jetzt soll die gleiche verfehlte Mobilitäts- und Profitstrategie mit Elektrofahrzeugen weiter gehen, mit weniger Beschäftigten. Als ob Elektrofahrzeuge die Lösung für den Verkehrsinfarkt unserer Städte, für die Umweltverschmutzung und Ressourcenverschwendung wären. Wir sehen ein weiteres Mal, dass der Kapitalismus in die Sackgasse führt. Im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs brauchen wir einen deut-



lichen Ausbau und neue Konzepte, um schrittweise wenigstens einen Teil des Individualverkehrs ersetzen zu können. Eine vernünftige Stadtplanung ist notwendig, um Wege zu verkürzen. Warum nicht Stadtteile planen, in denen Arbeitsplätze, Wohnungen, Einkaufsmöglichkeiten, Freizeitgestaltung, soziale Infrastruktur, Schulen, Kindergärten, Parks in nächster Nähe sind?

Ein gesamtgesellschaftlicher Plan ist notwendig, um Lösungen für Automobil- und Klimakrise zu finden, um zu verhindern, dass die Interessen der Beschäftigten unter die Räder kommen. Zumal diese Dimension, die sich beim

Umbau der Automobil- und Metallindustrie zeigt, nicht ohne gesellschaftlichen Plan, Umschulungen, Schaffung neuer Arbeitsplätze in anderen Bereichen (z.B. in der Pflege und bei der Bildung) und der Produktion neuer Produkte lösen lässt. Dies wird nicht „sozialverträglich“ passieren. Deshalb muss die Macht der Konzerne gebrochen und die Eigentumsfrage gestellt werden.

Ohne Streik kein Erfolg

Um die notwendigen Forderungen durchzusetzen, sind kämpferische, kreative und nachhaltige Aktionsformen sowie gesellschaftliche Bündnisse erforderlich. Alle paar Monate eine gemeinsame Kundgebung der Metalloberinnen und Metallober oder vereinzelt betriebliche Kämpfe zu führen, wird nicht reichen, die Angriffe abzuwehren und gesellschaftliche Veränderungen durchzusetzen. Die letzte Tarifrunde hat klar gezeigt, dass die Kolle-

ginnen und Kollegen kampfbereit sind und die IG Metall mobilisierungsfähig ist. Ohne die Hauptkampfwaffe Streik wird nichts gehen. Notfalls braucht es auch einen politischen Streik.

Im Kapitalismus müssen Arbeitsplätze, Frieden und Umweltschutz immer wieder verteidigt und erkämpft werden. Deshalb treten wir für ein Wirtschaftssystem ein, das nicht den Profit in den Mittelpunkt des wirtschaftlichen Handelns stellt, sondern die Interessen der Gesellschaft. Wir nennen dies Sozialismus.

Gemeinsam sind wir stärker!

Die Region Stuttgart ist stark durch die Automobil- und Zuliefererindustrie geprägt. Über 215.000 Beschäftigte arbeiten in der Automobilwirtschaft. Fast täglich gibt es neue Horrornachrichten von Standortschließungen, Entlassungen und Sparprogrammen. Das verunsichert die Kolleginnen und Kollegen extrem und schürt Ängste. In vielen Betrieben rumort es gewaltig. Deshalb ist es gut, dass die IG Metall mit einer gemeinsamen Kundgebung aller betroffenen Betriebe reagiert. Wie ist die Situation in den Betrieben? Wie entwickelt sich der Widerstand?

Bosch-Betriebsrat erwartet einen heißen Herbst

Bosch gab bereits Ende Oktober bekannt, dass 2500 Arbeitsplätze gestrichen werden sollen, und zwar vor allem in der Antriebssparte. Betroffen sind vor allem Verwaltung, Vertrieb, Forschung und Entwicklung, also Angestelltenbereiche, hochqualifizierte Fachleute. Das zeigt, alle müssen bluten, alle Lohnabhängigen geraten in den Strudel der kapitalistischen Restrukturierung und Profitoptimierung, gerne unter dem „neutralen“ Schlagwort Transformation subsumiert. Den Standort Schwäbisch Gmünd wird es besonders hart treffen – allein dort sollen 1000 der zur Zeit noch 5000 KollegInnen in der Bosch-Lenksystem-Sparte gehen, also jede/r Fünfte. Es wurden dort bereits 760 Arbeitsplätze abgebaut. Am 7. November gab es dort bereits einen Protest von 1000 Bosch-KollegInnen. Auf ihren Schildern fordern sie: Keine Verlagerungen, Qualifizierung statt Personalabbau, mit allen durch die Krise. Nach neuesten Meldungen von Seiten des Betriebsratsvorsitzenden Hartwig Geisel sollen sogar 3300 Stellen in den kommenden zwei Jahren gestrichen werden. Dies hat eine Abfrage bei den Betriebsräten der deutschen Standorte ergeben. Er befürchtet sogar, dass man in den kommenden Monaten noch mit weiteren Zahlen konfrontiert werde. Der Bosch-Betriebsrat von Feuerbach erwartet einen „heißen“ Herbst, sollen doch allein in Feuerbach und Schwieberdingen in den kommenden zwei Jahren rund 1600 Arbeitsplätze wegfallen.

Von IG Metall-Vertrauensleuten aus Stuttgart-Feuerbach ist zu hören, dass es sehr schwierig ist, die Betroffenen zu mobilisieren, da im Angestelltenbereich der Organisationsgrad sehr niedrig ist und somit keine gewerkschaftliche Erfahrung und

Nähe vorhanden ist. Über Mittagspausengespräche im aufgestellten Zelt vor der Kantine versuchen die Gewerkschafter, mit den Angestellten ins Gespräch zu kommen und sie für gewerkschaftliche Aktionen zu mobilisieren. Erschwerend kommt noch hinzu, dass es bei Bosch in Feuerbach auch betriebliche Vertrauensleute gibt, die nicht in der IG Metall sind. Durch diesen Aufbau des Vertrauenskörpers wird ein Keil in die Vertrauens-



leute getrieben, weil die betrieblichen Vertrauensleute kein gewerkschaftliches Bewusstsein haben, die Stärke von solidarischem Handeln nicht verinnerlicht haben.

Mahle-Kollegen wehren sich standortübergreifend gegen Schließungen und Personalabbau

Bei Mahle wurde bereits im Mai bekannt, dass knapp 400 KollegInnen der Zentrale in Stuttgart gehen sollen. Außerdem soll das Werk in Öhringen mit 240 Beschäftigten sowie die Walzenfertigung in Feuerbach mit 38 Beschäftigten komplett geschlossen werden. Mit drei betrieblichen Aktionstagen, davon auch ein europaweiter, wehren sich die Belegschaften von den verschiedenen Mahle-Standorten

gemeinsam seit vielen Monaten. Beschäftigte aus fünf Werken haben sich zusammengeschlossen und haben in den letzten Monaten sechs Flugblätter „Mahle-Solidarität“ herausgebracht, um den Widerstand zu verstärken und die Zielrichtung der Kämpfe zu beeinflussen. In ihrer letzten Ausgabe der „Mahle-Solidarität“ schreiben sie: „Auf der Betriebsversammlung am 15.10. bei der BU3 in Feuerbach wurde verkündet, dass es jetzt eine Einigung zwischen dem Arbeitgeber und den Betriebsratsgremien der vier Stuttgarter Standorte gibt ... Sie haben in 5 Monaten Verhandlung nicht erreicht, dass der Arbeitgeber die Notwendigkeit dieses rasenmäherartigen Abbaus nachvollziehbar begründet. Sie haben nicht erreicht, dass der Arbeitgeber auch nur eine einzige Stelle weniger abbaut. Sie haben auch nicht erreicht, dass der Arbeitgeber einen klaren Plan vorlegt, wie die Zukunft aussehen soll und wo die Reise denn nun hingeht ... Keine Schließung! Keine Entlassung! Kein Personalabbau! Deshalb muss jede Verlagerung blockiert werden. Ob aus Öhringen, Telford aus der Filterkonstruktion oder der Walzenentwicklung und -fertigung in Feuerbach. Solange die Pläne nicht zurückgenommen sind, darf nichts mehr „normal“ sein! Keine Überstunden, keine Vereinbarungen, keine Gespräche des BR über irgendwas! Dies ist das falsche Signal in einer solchen Situation! ... Wir brauchen einen gemeinsamen und koordinierten Widerstandsplan!“

(Weitere Infos unter:

<http://www.labournet.de/?p=151600>)

Auf der Funktionärskonferenz der IG Metall Anfang November kritisierte ein Betriebsrat von Mahle die Salamtaktik beim Abbau, und dass die Transformation oft vorgeschoben wird, es aber um ein Verlagerungsprogramm des Mahlekaptals geht. Viel Arbeit von Mahle gehe nach Polen und Indien, von Mahle-Behr gehe viel nach Tschechien, in die Slowakei und ebenso nach Indien. Über die Verlagerung in Billiglohnländer verschafft sich Mahle so zusätzliche Profite unter dem Deckmantel „Transformation“. Auf einer Veranstaltung von DidF Anfang November fasste ein Betriebsrat von Mahle-Behr die Situation so zusammen: „Die Logik der «Standortsicherung» hat auch eine Haltung verstärkt, Lösungen notfalls auf Kosten von anderen Werken zu suchen.“

Fortsetzung letzte Seite